

Kapitalmarktunion

Die Präsidenten der französischen und der deutschen Bundesbank haben in der Online-FAZ vom 3. April einen gemeinsamen Artikel geschrieben, um dasjenige, was sie eine Kapitalmarktunion nennen, anzuschieben. Dabei gelangen François Villeroy de Galhau und Jens Weidmann zu einem einigermaßen niederschmetternden Befund für Europa. Er lautet:

„Eigenkapitalfinanzierung ist für die Risikoteilung besonders förderlich, da Eigenkapitalgeber an Gewinnen ebenso teilhaben wie an Verlusten. Zudem passt Eigenkapitalfinanzierung besser zu innovativen Projekten, die oft mit hoher Unsicherheit verbunden sind und erst verzögert Gewinne erzielen. So trugen die erheblichen Zuflüsse von externem Eigenkapital maßgeblich zur Ausweitung von Forschung und Entwicklung in den Vereinigten Staaten in den 1990er Jahren bei. Gerade Wagniskapital scheint Innovationen zu begünstigen. In der EU ist dieser Markt jedoch immer noch schwach entwickelt. In Relation zur Größe der Wirtschaft ist der Wagniskapitalmarkt in den Vereinigten Staaten mehr als fünfmal so groß wie der europäische.“

Leser dieser Kolumne werden sich die Augen reiben. Wie, der Staat kommt langsam dahinter, dass Eigenkapital gegenüber der staatlich präferierten Schulden-

macherei große Vorteile aufweist? Nicht minder erstaunlich ist, dass die beiden hohen Staatsangestellten und damit Berufseuropäer als Lösung eine typisch europäisch allgemeine „Kapitalmarktunion“ vorschlagen. Sprechen wir aber die Wahrheit gleich in ihrer vollen Härte aus: Das ist Quatsch!!!



Wenn der Befund richtig ist, dass die Eigenkapitalkultur in Deutschland und Frankreich schwach ist,

dann sind zunächst die nationalen Regierungen gefordert, auf ein Erstarren der Eigenkapitalkultur durch geeignete Maßnahmen hinzuwirken. Das Subsidiaritätsprinzip muss hier beachtet werden, ansonsten gerät die Eigenkapitalförderung auf die gleiche Bahn wie die Europäische Zentralbank mit ihrer Dauerstaatsalimentierung. Es wäre ja ein Treppenwitz, wenn die Bundesrepublik meint, bei Themen wie Energieversorgung und Migration national handeln zu sollen aber bei der Wohlfahrtskreierung der Bevölkerung EU-Vorstellungen den Vorzug gäbe.

Für Deutschland muss die Regierung schleunigst alle Benachteiligungen der Eigenkapitalanlagen gegenüber Fremdkapital abbauen. Dabei geht es vor allem um Steuernachteile (z.B. Doppelbesteuerung ausgeschütteter Gewinne) und regulatorische Aspekte (z.B. Unterlegung von Aktienengagements bei Banken durch Eigenkapital).

Entscheidend ist aber, dass die Gesamtbevölkerung an den Segnungen der Eigenkapitalanlagen durch Teilhabe partizipiert. Das richtige Instrument dazu ist der Aktienfonds. Sein bewährtes Konzept wurde vor ca. 70 Jahren so gestaltet, dass jedermann mit wenig Geld (Mindestanlage-summe pro Monat 25 EUR) und mit hohen Sicherheitsstandards an einem breit gestreuten Korb ausgesuchter Unternehmen teilhaben kann. Leider hat die Politik diese Wahrheit seit Jahrzehnten ignoriert und irrigerweise auf den durch die demographische Ent-

wicklung in Teilen obsolet gewordenen `Generationenvertrag` gesetzt.

Die Notenbankpräsidenten Weidmann und Galhau haben Recht: Europa hat gegenüber anderen Weltregionen eine verkümmerte Eigenkapitalkultur. Dadurch blieb riesiges Wohlstandspotential ungehoben. Nicht neue europäische Bürokratiemonster wie die „Kapitalmarktunion“ oder MifiD werden daran etwas ändern, sondern am Anfang muss die Erkenntnis stehen, dass materieller Wohlstand nur in den Unterneh-

men (ob neu oder alt) erwirtschaftet wird und daher alles getan werden muss, damit möglichst viele Bürger sich daran mit ihren Ersparnissen diskriminierungsfrei beteiligen können.

Aus Chicago

Ihr



Dr. Christoph Bruns